

Raitersaich - Ludersheim – Sittling – Altheim 380-kV-Ersatzneubauprojekt

Juraleitung

**Ltg.-Abschnitt B-Nord Sittling – Ludersheim_West
(LH-08-B171)**

Planfeststellungsunterlage

Materialband 06

**Konzept zum Umgang mit Vermutungsflächen und
Bodendenkmälern**

Antragsteller:



TenneT TSO GmbH
Bernecker Straße 70
95448 Bayreuth

Aufgestellt:	TenneT TSO GmbH	Bayreuth, den
	i. V. gez.: Julia Gotzler i. V. gez.: Andreas Junginger	27.11.2024
Anlagen zum Dokument		
Änderungs- historie:	Änderung:	Änderungsdatum:

TenneT: Projekt Juraleitung

Konzept zum Umgang mit Vermutungsflächen und Bodendenkmälern

Versionshistorie

Entwurf TenneT	20.09.2023
Anmerkungen BLfD	23.10.2023
Übern. Anmerkungen/ Kommentierung TenneT:	13.12.2023
Durchsprache letzte Anpassungen BLfD/TenneT	11.01.2024
Finale Version	24.01.2024

Das Vorhaben Juraleitung verläuft von Raitersaich bis nach Altheim durch insgesamt vier Regierungsbezirke (Mittelfranken, Oberpfalz, Oberbayern, Niederbayern).

Im Rahmen des Scoping hat das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) eine Stellungnahme abgegeben.

In der Stellungnahme wird gefordert, dass in allen Bereichen mit „Bodeneingriffen“ im Bereich von Denkmal- und Vermutungsflächen im Vorfeld eine archäologische Ausgrabung zu erfolgen hat. Zu Bodeneingriffen führen nach dem Verständnis des BLfD auch die Überdeckung des Bodendenkmals sowie die Anlage von Baustraßen und Lagerflächen (insbesondere dieser Punkt ist im nachfolgenden Konzept konkretisiert). Eine Konfliktanalyse der geplanten Juraleitungstrasse inkl. Arbeitsflächen mit den durch das BLfD zur Verfügung gestellten Vermutungsflächen hat in vielen Bereichen der Trasse großflächige Überschneidungen ergeben.

Für das Projekt ergibt sich damit die Fragestellung, wie mit den Konflikten in der Planung/Genehmigung umzugehen ist. Zur Klärung dieser Frage hat die TenneT für die Juraleitung das nachfolgende Konzept erstellt und mit dem BLfD abgestimmt. Es soll die grundsätzlichen Vorgehensweise für die Planfeststellungsunterlage

wiedergeben und damit als Grundlage für die Erstellung der Schutzgutbewertung Kultur- und Sachgüter dienen.

Grundsätzlich sind folgenden Flächenbeanspruchungen zu unterscheiden:

1. Bodeneingriff:
 - 1.1. Direkter Eingriff in den Boden (i.d.R. Bodenaushub): Maststandorte, Erdkabelgräben & Muffenstandorte, Ankerflächen u.ä.
 - 1.2. Oberbodenabtrag
 - 1.3. Rückbau von Bestandsmasten
 - 1.4. Bodeneingriffe im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen
2. Flächeninanspruchnahme durch Zuwegungen und sonstige BE-Flächen ohne Bodeneingriff aber mechanischer Belastung

Umgang mit Konflikten in Vermutungsflächen/ Denkmalflächen:

Zu 1.1 Direkter Eingriff in den Boden:

- Die Überplanung von Denkmalflächen sollte grundsätzlich vermieden werden. Alternative Trassierungsvarianten bzw. eine Optimierung der Trassierung hinsichtlich der Konflikte mit Bodendenkmalflächen werden in den Bereichen der Abschnitte B Süd und C noch geprüft (Hornsteinbergwerk bei Abensberg-Arnshofen, Kastell Eining u.a.).
Dort, wo Denkmalflächen bzw. Vermutungsflächen nicht umgangen werden können, soll der Umgang mit den bekannten oder zu vermutenden Bodendenkmälern und die notwendigen Maßnahmen mit dem BLfD abgestimmt werden.
- Geophysikalische Prospektion (GPP) und Feldbegehung im Bereich von betroffenen Vermutungsflächen stellt eine Möglichkeit der Voruntersuchung dar, um mehr Klarheit über die Befunddichte zu erlangen. Dies müsste in Abstimmung mit dem BLfD erfolgen. Bei der Ableitung der Maßnahme ist zu

berücksichtigen, dass die Maßnahmen flächendeckend nur mit Hilfe von Duldungsverfügung zu erreichen sind, welche voraussetzen, dass der Vorhabenträger darstellen kann, dass die Untersuchung alternativlos ist. Für Geophysik oder Sondenprospektionen vor PFB ist im Bereich von Bodendenkmälern eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 6 BayDSchG erforderlich.

- I.d.R. erfolgt eine invasive Prospektion mit anschließender Grabung bei Befund (VAM = vorlaufende archäologische Maßnahme nach Erhalt PFB) im Vorfeld der Baumaßnahme. Vor Planfeststellungsbeschluss ist für jede archäologische Maßnahme im Bereich von Bodendenkmälern und Vermutungen oder Prospektion im Bereich von Bodendenkmälern eine denkmalrechtliche Erlaubnis erforderlich. (vgl. Art. 7 Abs. 1 und 6 BayDSchG).
- Der Start dieser Grabung erfolgt nach Abstimmung mit dem BLfD so früh wie möglich – d.h. ggf. auch unter Anwendung §44 schon vor PFB um den Vorhabensterminplan nicht zu gefährden. Bei der Maßnahmenplanung ist zu berücksichtigen, dass doppelte Eingriffe möglichst vermieden werden, weshalb es sinnvoll sein kann die Maßnahme unmittelbar Bau-vorlaufend durchzuführen (Abwägung Terminrisiko mit Eingriff in fremdes Eigentum)
- Bei kleineren Bodeneingriffen in Vermutungsflächen (z.B. Bodenanker) kann auf eine VAM verzichtet werden und die Baumaßnahme archäologisch begleitet werden (ABB). Hier besteht in der Bauausführung dann das Risiko einer Baubehinderung bei widererwartend höherer Befunddichte.

Zu 1.2 Oberbodenabtrag:

- Nicht in allen Fällen von temporären Flächeninanspruchnahmen (Zuwegungen, Lagerflächen etc.) kann der Oberboden verbleiben (z.B. aufgrund Betriebszeit).
- Eine Flächeninanspruchnahme von Bodendenkmälern und Vermutungen soll soweit wie möglich vermieden werden, da eine archäologische Ausgrabung

dann erforderlich wird, wenn im Bereich bekannter Bodendenkmäler und Vermutungen in den Boden eingegriffen wird. Archäologische Ausgrabungen können je nach Dauer zu erheblichen Verzögerungen des Baufortschritts führen und können durch entsprechende Berücksichtigung des Schutzgutes bereits im Rahmen der Planung vermieden werden.

- Beim Abtrag von Oberboden erfolgt in allen Bereichen von Bodendenkmälern und Vermutungsflächen eine archäologische Baubegleitung (ABB) des bewertbaren archäologischen Planums.
- Bei archäologischem Befund erfolgt, soweit dieser durch die geplante Beanspruchung gefährdet ist, in Abstimmung mit dem BLfD durch die beauftragte archäologische Grabungsfirma die Ausgrabung, Vermessung, Dokumentation von Befunden sowie die Bergung von Funden aus den Befunden nach den Vorgaben des BLfD. Das BLfD erstellt auf Anfrage gerne ein denkmalfachliches Anforderungsprofil, das als Grundlage des LVs der VHT dienen kann. Eine Freigabe erfolgt durch die Genehmigungsbehörde nach Abschluss der Archäologischen Ausgrabung und nach Zustimmung durch das BLfD.
- Ergibt sich nach Oberbodenabtrag kein archäologischer Befund erfolgt eine Flächenfreigabe durch die Genehmigungsbehörde in Abstimmung mit dem BLfD.

Zu 2 Flächeninanspruchnahme durch Zuwegungen und sonstige BE-Flächen ohne Bodeneingriff:

- Der Vorhabenträger verpflichtet sich, ein Bodenschutzkonzept nach DIN 19639 aufzustellen und bei der Baudurchführung die Einhaltung dessen zu überwachen. Durch das Bodenschutzkonzept ist gewährleistet, dass es im

Regelfall zu keinen signifikanten Bodenverdichtungen kommt, die Bodendenkmale gefährden könnten.

- Das bedeutet, dass bei der Flächeninanspruchnahme durch Zuwegungen, BE-Flächen etc. in Konfliktsituationen ohne Bodeneingriff Aufschotterungen oder Lastverteilungsplatten zum Einsatz kommen, um der Bodenverdichtung entgegenzuwirken.
- Um das Risiko der Verdichtung weiter zu minimieren, wird auf den Abtrag des Oberbodens verzichtet (dies ist i.d.R. möglich, wenn die Arbeitsfläche nicht länger als 6 Monate betrieben wird). Der Oberboden dient in diesem Fall als Pufferbereich für ggf. entstehende Verdichtungen.
- Eine nachgelagerte Bodenlockerung findet nur im Horizont bis 40 cm statt, welcher durch die landwirtschaftliche Nutzung bereits gestört ist. Eine Tiefenlockerung mit Tiefenmeißel wird aufgrund der geringen Verdichtung nicht stattfinden.
- Im Bereich von Waldquerungen sollen Wurzelstöcke im Bereich von Bodendenkmälern - soweit umsetzbar - im Boden belassen werden. Darüber hinaus ist eine Überdeckung und Befahrung von obertägig sichtbaren Bodendenkmälern auszuschließen. Sollten Wurzelstockentfernungen im Bereich von Bodendenkmälern nicht ausgeschlossen werden können, sind diese Bereiche archäologisch zu untersuchen.
- Im Vorfeld des Baus wird außerdem ein Abgleich der Vermutungsflächen mit den vorhandenen Bodentypen durchgeführt. Durch Bestimmung der Mittleren Unterbodenstabilität (Vorbelastung) kann sichergestellt werden, dass eingesetzte Maschinen den Grenzwert für die Kontaktflächen des jeweiligen Bodens nicht überschreiten.
- In Bereichen mit sehr intensiven mechanischen Einwirkungen im Rahmen des Baustellenbetriebs wird in Abstimmung mit dem BLfD eine archäologische

Ausgrabung vorgesehen. Dies sind z.B. die Einwirkungen im unmittelbaren Umfeld der Maststandortbaugrube

- Eine GPP/VAM wird ansonsten nur in Ausnahmefällen durchgeführt, wenn die zuvor beschriebenen Maßnahmen nicht angewendet werden können und daher eine Schädigung des Bodendenkmals zu befürchten ist. Geophysikalische Prospektionen vor PFB sind gem. Art. 7 Abs. 6 BayDSchG erlaubnispflichtig. Die Erlaubnis erteilt die zuständige UDSchB.

Zu 1.3 Rückbau von Bestandsmasten:

- Für den Rückbau von Bestandsmasten in Bodendenkmal- und Vermutungsflächen erfolgt eine archäologische Baubegleitung (ABB)

Zu 1.4 Bodeneingriffe im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen

- Innerhalb von Bodendenkmälern und Vermutungen werden die Bodeneingriffe im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen archäologisch begleitet

Zeitliche Einordnung der Maßnahmen

- Die Konfliktanalyse (Verschneidung Denkmal- und Vermutungsflächen mit Eingriffsbereichen) wird im Rahmen der Planfeststellungsunterlage dargestellt.
- Die Ergebnisse der Verschneidung sowie die grundsätzlich zur Verfügung stehenden Maßnahmen (Tabelle mit Darstellung der Konflikte mit den sich aus Flächennutzung/Bodeneingriff ergebenden Maßnahmen) wird im Rahmen der PFU in einer eigenen Unterlage beschrieben (Archäologisches Fachgutachten).
- Die GPP werden wo notwendig/sinnvoll parallel zum Planfeststellungsverfahren in enger Abstimmung mit dem BLfD durchgeführt.

- Das Maßnahmenpaket für den Bau (VAM, ABB) wird im Rahmen der Ausführungsplanung mit dem BLfD abgestimmt und in den Bauablauf eingeplant. In Einzelfällen (z.B. Abensberg-Arnhofen) ist eine vorgezogene Grabung zu prüfen (§44c s.o.)

Allgemein darf das BLfD anmerken, dass dieses Konzept nicht das denkmalfachliche Anforderungsprofil des BLfD ersetzt, in dem die angesprochenen sowie darüberhinausgehende Punkte wesentlich detaillierter besprochen werden.

Das BLfD empfiehlt darüber hinaus, eine Vereinbarung zwischen Denkmalfachbehörde und der Vorhabenträgerin zu schließen, in der die durchzuführenden archäologischen Maßnahmen festgelegt werden. Eine solche Vereinbarung, die die VHT bereits in anderen Großprojekten (SuedLink, SuedOstLink etc.) mit dem BLfD geschlossen hat, sorgt seitens der VHT für Planungssicherheit, da die mit der Realisierung der Planung einhergehenden archäologischen Risiken zusammengetragen und verschriftlicht werden.